

# Zwischen Emanzipation und Faschisierung, Aufruhr und Unterdrückung und über linken Widerstand in der EU

Die Weltwirtschaftskrise befindet sich in ihrem sechsten Jahr. Nur imperiale Staaten besaßen die ökonomische Macht, die Weltwirtschaftskrise einigermaßen in Grenzen zu halten. Weniger einflussreiche Staaten und große Regionen verelenden. Besonders dramatisch ist die Situation im Trikont. Millionen von Menschen hungern bis zum Tod. Sie haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, keine Wohnung und sie sterben an leicht heilbaren Krankheiten, weil ihnen eine medizinische Versorgung vorenthalten wird. Die Leichenberge des Kapitalismus wachsen vor allem in Afrika und Asien. Menschen müssen auch deshalb verhungern, weil die Regierungen ihrer Länder von der Weltbank, der Europäischen Entwicklungsbank und anderen Agenturen des internationalen Kapitals gezwungen werden, fruchtbares Ackerland an ausländische Hedgefonds, Investoren und Staaten zu verkaufen oder zu verpachten, die wie Saudi Arabien zur Regionalmacht aufgestiegen sind und wie China auf dem Trittbrett zur Weltmacht sind. Mit den Einnahmen aus dem Landverkauf sollen die armen Länder ihre internationalen Schulden bezahlen, während das Kapital auf diesen Flächen Produkte für den Export anbauen lässt und die einheimische Bevölkerung hungert.

Auch das Entstehen einer kleinen Mittelschicht in Afrika nützt den Ärmsten nichts. Im Gegenteil. Die kaufen im Zweifelsfall von der EU subventionierte Billiglebensmittel aus dem kapitalistischen Zentrum EU-Europa, während die afrikanischen BäuerInnen, die sich in brütender Hitze auf ihren Feldern abrackern, die Dumpingpreise der EU nur zum Preis ihres Untergangs unterbieten können. Oft reicht es nicht einmal für das Existenzminimum für ihre Angehörigen.

Der alte Demo-Spruch »Deutsches Geld mordet mit in aller Welt« ist so gültig wie nie. Zu den mörderischen Mechanismen der kapitalistischen Weltwirtschaft gehört die menschenvernichtende Spekulation mit Nahrungsmitteln, bei der die Deutsche Bank und die Allianz Versicherung eine führende Rolle spielen.

Auf Betreiben der kapitalistischen Zentren verschlingt die weltweite Produktion von Agrar-Treibstoffen außerdem Anbauflächen, auf denen früher Nahrungsmittel angebaut wurden und zerstört, sie verwertend, bislang unversehrte Natur. Die kapitalistischen Staaten pressen darüber hinaus die Trikont-Staaten mit Krediten aus der Schuldenspirale nieder, die sie aufgrund der zu hohen Zinsen nie zurückzahlen können.

Das kapitalistische Zentrum EU-Europa ist gespalten, die soziale Lage der Menschen vor allem in Südosteuropa katastrophal. Übertroffen werden diese Folgen der kapitalistisch produzierten Verelendung jedoch in der weltweiten Peripherie des Kapitalismus.

Die Weltwirtschaft bewegt sich seit Beginn der Krise ständig am Rand der Rezession. Der internationale Konkurrenzkampf um Ressourcen wird auch durch das Auftreten Chinas auf

der internationalen Ausbeutungsbühne schärfer. China muss das imperialistische Gefälle durch besondere Aktivität ausgleichen. Die chinesische Regierung will sich billige Ressourcen sichern, indem sie insbesondere in Afrika Rohstoffe und Naturreichtümer ausbeutet. Damit soll die Profitrate abgesichert werden und der drohende Absturz von den Gipfeln des Wachstums verhindert werden.

Die kapitalistischen *Zentren* in EU-Europa versuchen im Windschatten der Weltwirtschaftskrise die Staaten an der *Peripherie* der Europäischen Union als Regionen verschärfter Ausbeutung festzulegen.

Während die Regierungen der peripheren EU-Staaten mit wachsenden polizeilicher und paramilitärischer Gewalt auf Proteste reagieren, bauen die Staaten des EU-Zentrums, in denen es bisher relativ ruhig geblieben ist, ihr Repressionsinstrumentarium aus und folgen dabei ihrer jahrelangen Strategie der präventiven Aufstandsbekämpfung. Beispiele sind etwa flächendeckende Demonstrationsverbote zur Erprobung eines Ausnahmezustand wie bei Blockupy Frankfurt im Mai 2012 oder die immer perfektere Überwachung von DemonstrationsteilnehmerInnen.

Die Weltwirtschaftskrise hatte der BRD 2009 die stärkste Rezession seit dem II. Weltkrieg beschert. Aber das deutsche Kapital erholte sich – vorläufig – vom Schock der Weltwirtschaftskrise und fuhr 2010 ein Wachstum von 3,6 Prozent und 2011 eines von 3,0 Prozent ein. 2012 verzeichnet die deutsche Wirtschaft nur ein mäßiges Wachstum und das ging auf Kosten ökonomisch weniger entwickelter Staaten im Süden und Osten EU-Europas.

Das deutsche Kapital steht angesichts der weltweiten Krise relativ gut da, auch innerhalb der Konkurrenz der weltweiten kapitalistischen Zentren. Es konnte seine Exporte auf dem Weltmarkt steigern, aber der EU-europäische Binnenmarkt verlor teilweise an Bedeutung. Der Anteil der deutschen Exporte in Länder außerhalb EU-Europas stieg, während der Anteil der Exporte in EU-Länder in den letzten Jahren gesunken ist.

In den USA gibt es zur Zeit ein staatlich angekurbeltes geringes Wachstum und in Asien ein aus der Sicht des Kapitals passables. Dorthin exportiert das deutsche Kapital, was innerhalb EU-Europas zur Zeit nicht abgesetzt werden kann. Die klassische Verteilung der Exporte verschiebt sich. Gingen bisher 60 Prozent bis Zweidrittel der deutschen Exporte in Länder des kapitalistischen Zentrums EU-Europa, so sank dieser Anteil von 64,6 Prozent in 2007 auf nur noch 59,2 Prozent in 2011. Ausgeglichen wurde dieser Rückgang durch die Zunahme der Exporte insbesondere nach China, Russland, Indien und, zu einem kleineren Teil, in die USA. Begünstigt wurde dies auch durch die krisenbedingte Abwertung des Euro.

Der Anteil der Exporte in EU-Länder sinkt weiter und betrug im dritten Quartal 2012 nur noch 55,6 Prozent, vor allem weil weniger nach Südeuropa exportiert wird.

Der Wert der aus Deutschland exportierten Waren betrug laut Statistischem Bundesamt in 2011 ca. 1061 Milliarden Euro. Dem standen Importe von ca. 902 Milliarden Euro gegenüber. Das ergibt einen Exportüberschuss von ca. 160 Milliarden Euro oder mehr als 17 Prozent. Der Wert der aus Deutschland exportierten Waren betrug im Jahr 2011 mehr als 41 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, was im Weltvergleich ungewöhnlich hoch ist. Für 2012 wird erwartet, dass das deutsche Exportvolumen 1,1 Billionen Euro betragen wird, also weiter steigt.

Die höchsten Überschüsse gibt es bei Maschinen und elektrischen Ausrüstungen, gefolgt von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, chemischen Erzeugnissen, pharmazeutischen und ähnlichen Produkten sowie Gummi- und Kunststoffwaren.

Einer der historischen Gründe für den heutigen technologischen Vorsprung des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt ist der Marshallplan, mit dem die USA die BRD nach dem II. Weltkrieg wirtschaftlich gefördert hat, um die BRD als antikommunistischen Frontstaat aufzubauen.

Sein technologischer Vorsprung ermöglichte es dem deutschen Kapital, hohe Profite durch umfangreiche Exporte zu realisieren. Der starke Export von Produktionsmitteln, d.h. von Maschinen für die Herstellung von Waren, ist die Grundlage für eine *relative* Unabhängigkeit des Kapitals von der Kaufkraft der KonsumentInnen im eigenen Land, das ist anders als in Frankreich und in den USA. Es bedeutet, dass das deutsche Kapital den Wert des Produktivitätszuwachses nicht an die Lohnabhängigen in der BRD weitergeben muss, um zahlungskräftige Kunden zu haben. Das Kapital kann immer dorthin exportieren, wo es für das dortige nationale Kapital gerade gut läuft, also dorthin, wo die Wirtschaft wächst, wo neue Maschinen für eine höhere Produktivität oder mehr Produktionsmittel gebraucht werden.

Deutsches Kapital ist auch im Bereich der Umwelttechnologie führend. Dies hat auch etwas mit der Stärke der Ökologiebewegung in der BRD zu tun, durch die sich ein relativ starkes Bewusstsein für die mit der Zerstörung der Natur zusammenhängenden Fragen in der Bevölkerung ausgebreitet hat. Über Jahrzehnte konnte Druck aufgebaut werden und der Staat, als ideeller Gesamtkapitalist, gezwungen werden, Umweltauflagen zu beschließen, die das Kapital hier und da nötigten, umweltschonender zu produzieren bzw. umweltschonendere Produkte zu entwickeln, während dafür anderenorts die Zerstörung wuchs.

Andererseits verschärft der innerimperialistische Konkurrenzkampf auch die ökologische Krise. Er beschränkt wirksame Umweltauflagen in allen Bereichen, auch in der BRD.

Weil es nur einer kleineren Fraktion des Kapitals, welche mit Umwelttechnologien ihre Profite erwirtschaftet, genutzt hätte, setzte sich die Bundesregierung bei den Klimagipfeln Rio+20 im Juni und bei der darauf folgenden Weltklimakonferenz im November 2012 nicht für einen wirksamen Klimaschutz ein. Zu stark war und ist das Interesse, die Profite der Automobilkonzerne nicht zu gefährden. Diese Branche ist besonders wichtig für die relative Stabilität der deutschen Wirtschaft. Der Export deutscher Autos in alle Welt bietet auch Luxusgüter für die vom Kapitalismus, aber auch seiner Krise profitierenden Eliten in denjenigen Ländern, die von der Ausbeutung besonders betroffen sind. Die deutsche Regierung, die eine dominante Rolle bei den Verhandlungen spielt, verhindert, dass sich die EU dringend notwendige höhere Ziele bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion setzt.

Seit Ende der 1970er Jahre reißt die soziale Kluft zwischen den ProfiteurInnen des ökonomischen Erfolgs des deutschen Kapitals und den VerliererInnen der kapitalistischen Verhältnisse immer tiefer auf. Um die Proteste, die sich daraus entwickeln, zu knebeln und möglichen Widerstand zu unterdrücken, hat dieser Staat über die Jahrzehnte ein komplexes Repressionsinstrumentarium entwickelt. Soziale Kontrolle, Überwachung und Gewalt in allen Formen gehören dazu, welche den verschiedenen sozialen Milieus sorgfältig angepasst werden.

Mit sogenannten Sparmaßnahmen haben die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte den Klassenkampf von oben vollstreckt. Vor allem die SPD-Grüne-Regierung (1998 – 2005) hat mit der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme unter dem Namen »Agenda 2010«, mit den Hartz-Gesetzen, mit der Enthemmung der Leiharbeit sowie mit der starken steuerlichen Entlastung des Kapitals Sozialterror verbreitet. Das konnte auch gelingen, weil die Lohnabhängigen sich viel zu selten und viel zu schwach wehren.

Das Übergewicht des Kapitals im Machtverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital ist staatlich abgesichert, funktioniert aber auch nur, weil sich die Lohnabhängigen in der Regel der nationalistischen Propaganda von der sogenannten notwendigen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts ergeben und sich einreden lassen, dass das Standortinteresse identisch mit dem ihren ist.

Mit der Politik der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme wurden die Lohnstückkosten in der BRD nahezu konkurrenzlos niedrig. Die Fügsamkeit der deutschen Gewerkschaften trug das ihre dazu bei, indem sie zum Wohl des deutschen Kapitals die »Lohnzurückhaltung« der Lohnabhängigen organisierten. Im sogenannten Standortinteresses kungeln sie mit dem Kapital, wobei jeder »sozialpartnerschaftliche« Anstrich inzwischen verblasst ist. So ließen die Gewerkschaften es geschehen, dass heute in der BRD fast ein Viertel der Lohnabhängigen für Niedriglöhne und mehr als 25 Prozent in unregulierten Arbeitsverhältnissen arbeiten. Der von SPD und Grünen beschlossene Hartz IV-Sozialterror, der von den Gewerkschaften konsequenzlos geduldet wurde, erhöhte die Zahl der Menschen, die trotz Lohnarbeit – selbst nach offizieller Definition –, arm sind. Ihr Anteil stieg von 4,9 Prozent (2004) auf 7,1 Prozent (2009).

In der BRD waren 2011 entsprechend einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes 16 Millionen Menschen, das sind 19,9 Prozent der EinwohnerInnen, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Entsprechend offizieller Definition arm (»armutsgefährdet«), waren 15,8 Prozent. Singles hatten, inklusive staatlicher Transferleistungen, weniger als 952 Euro im Monat zur Verfügung.

Für immer weniger Lohnabhängige in der BRD gelten Tarifverträge. Zwischen 1998 und 2011, in nur 13 Jahren, sank der Anteil der Lohnabhängigen mit Tarifvertrag im Westen von 69 auf 54 Prozent und im Osten von 52 auf 37 Prozent. Die Gewerkschaften verlieren an Bedeutung, was an ihrem eigenen Handeln liegt und zum anderen damit zusammenhängt, dass immer weniger Lohnabhängige gewerkschaftlich organisiert sind, weil sie sich davon nichts mehr versprechen.

Der Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung kommt zu dem Schluss, dass die Reichen in der BRD auf Kosten der Armen von der Weltwirtschaftskrise profitiert haben, der wirtschaftliche Erfolg der BRD in der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise kam nur den Vermögenden zu Gute. 1 Prozent der Bevölkerung besitzt 25 Prozent des Vermögens, 10 Prozent besitzen mehr als 53 Prozent und 50 Prozent der Bevölkerung besitzen nur 1 Prozent des privaten Vermögens.

Die Arbeitslosigkeit in der BRD beträgt offiziell 7,3 Prozent (März 2013), die wirkliche Quote dürfte bis zu doppelt so hoch sein. Die Lohnarbeitenden mussten 2011 so viel wie noch nie zuvor an den Staat zahlen. Dabei stiegen die Abzüge vom Lohn so stark wie seit 16 Jahren nicht mehr. Hauptsächlich lag das am Anstieg der Lohnsteuer, während die Netto-Reallohne sanken.

Die Folge eines durch die soziale Spaltung veränderten Denkens ist die Zunahme der sozialen Kälte. Gerade diejenigen, die objektiv wenig zu befürchten haben, weil sie zu den GewinnerInnen der zunehmenden Spaltung gehören, fühlen sich durch die wachsende Zahl der Armen in ihrem relativen Wohlstand besonders bedroht. Die Langzeitstudie »Deutsche Zustände« von Wilhelm Heitmeyer an der Universität Bielefeld belegt die Polarisierung zwischen Armen und Reichen. Die schrumpfende Mitte und eine steigende Zahl von Abstiegen unter den Angehörigen der sogenannten Mittelschicht bringt eine Brutalisierung der Haltung der Stärkeren den Schwächeren gegenüber mit sich: »Aggressionen gegen die Schwächsten und ihre Ausgrenzung wachsen. Die sich von der Weltwirtschaftskrise bedroht fühlende Mittelschicht antwortet im Allgemeinen nicht mit Solidarität und dem Wunsch nach mehr sozialer Gleichheit auf den sozialen Absturz anderer.« (Jutta Ditfurth) Heitmeyer konstatiert eine »rohe Bürgerlichkeit«, bei der sich zivilisierte, tolerante und differenzierte Einstellungen, die in höheren Einkommensgruppen einmal anzutreffen waren, in unzivilisierte, intolerante, verrohte Einstellungen verwandeln. Dies sind Begleiterscheinung eines rabiaten Klassenkampfes von oben, in dem den VerliererInnen noch die Schuld an ihrem Elend um den Hals gehängt wird.

Die extensive und intensive Erhöhung der kapitalistischen Ausbeutung der letzten Jahrzehnte erhob ökonomisch wie auch in Bezug auf gesellschaftliche Werte die Konkurrenz und die damit verbundene Rücksichtslosigkeit anderen gegenüber zum allgemeingültigen Maßstab. So richtet das grausame Sein des sozialen Terrors das Bewusstsein der Kollaborateure des Schreckens entsprechend den ökonomischen Erfordernissen verschärfter Ausbeutung zu.

Der deutsche Staat profitiert von der Schuldenkrise der peripheren Länder EU-Europas dadurch, dass deutsche Staatsanleihen zu sehr niedrigen Zinsen ausgegeben werden können, zum Teil sogar mit negativen Zinsen, weil sie im Vergleich zu denen der Krisenländer als sicher gelten. So wird der deutsche Staatshaushalt zum Teil indirekt entlastet durch die hohen Zinsen, die das Kapital anderen Ländern aufbürdet, die vermeintlich ständig vor der Pleite stehen.

Ein Problem für das BRD-Kapital könnte allerdings werden, dass seit der Weltwirtschaftskrise die deutschen Handelsbilanzüberschüsse im Verhältnis zu Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal und Italien stark zurückgegangen sind. Im vierten Quartal 2012 schrumpfte die Wirtschaftsleistung in der BRD, das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozent, insbesondere weil die Exporte im Euro-Währungsraum zurückgehen. Im ersten Quartal 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt nur um 0,1 Prozent. Der Euroraum ist bereits seit eineinhalb Jahren in der Rezession. Im vierten Quartal 2012 ging die Wirtschaftsleistung im Euroraum um 0,6 Prozent und im ersten Quartal 2013 um 0,2 Prozent zurück.

Die innerimperialistische Konkurrenz zwischen der BRD und beispielweise Frankreich drückt sich im Widerstreit über die Mittel aus, mit denen die Weltwirtschaftskrise an den Rändern EU-Europas bewältigt werden kann. Die französische Regierung fordert eine gemeinsame Haftung für die in EU-Europa angehäuften Staatsschulden, auch um selbst von der BRD ökonomisch nicht völlig abgehängt zu werden. Die deutsche Regierung setzt hingegen aus einer Position der Stärke auf einen brutalen Sparkurs in den betroffenen Ländern und nimmt den ökonomischen Ruin billigend in Kauf.

Der Streit zwischen der Bundeskanzlerin Merkel und dem Präsident Hollande ist Ausdruck widerstreitender Interessen des französischen und des deutschen Kapitals. Zurzeit ist

besonders die Krise der französischen Automobilindustrie ein Zeichen dafür, dass das französische Kapital zurückgefallen ist.

Die französische Regierung will, dass ökonomisch starke Länder und insbesondere die BRD, ihre Binnennachfrage zum Beispiel durch höhere Löhne und Senkung der Abgaben stärken. Sie will eine Haushaltunion (Fiskalunion) der Euro-Länder mit Euro-Bonds, für die die Beteiligten gemeinsam haften. Die Bundesregierung lehnt das ab. Sie drückte den sogenannten Fiskalpakt auf EU-Ebene durch, der jetzt von den einzelnen Ländern umgesetzt werden muss. Er sieht vor, dass die Länder EU-Europas »Schuldenbremsen« genannte Verarmungsprogramme mit Verfassungsrang beschließen, wie sie im Grundgesetz der BRD bereits verankert worden sind. Darüber hinaus fordert der deutsche Finanzminister Schäuble die Einführung eines Währungskommissars mit weitreichenden Vollmachten. Er soll die Staatshaushalte der Euro-Zone überprüfen und den nationalen Parlamenten Vorschriften machen dürfen.

Aber **mittelfristig** braucht auch das deutsche Kapital EU-Europa als Absatzmarkt, denn andere Staaten können, wenn ihre Wirtschaft dauerhaft schrumpft, auch keine Produktionsmittel mehr importieren.

Im kapitalistischen Zentrum EU-Europa ist mit der Weltwirtschaftskrise und den auf der deutschen Vorherrschaft beruhenden Strategien zu ihrer Bewältigung ein Prozess in Gang gekommen, der einem ökonomischen Ausverkauf südeuropäischer Länder gleicht.

Besonders betroffen ist Griechenland, dem das internationale Kapital seine Kreditwürdigkeit abgesprochen hat. Die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission zwingt die griechischen Regierungen zu brutalen Einsparungen im Sozialbereich als Bedingung für Hilfskredite. Die Verarmung der Bevölkerung und die Pleiten griechischer Betriebe bedingen sich gegenseitig und taumeln spiralförmig abwärts. Staatliche Hilfen für die Wirtschaft gibt es nicht. Die offizielle Arbeitslosigkeit nähert sich 30 Prozent, im November 2012 lag sie bei etwa 26 Prozent. Die tatsächliche Quote wird Anfang 2013 bei mindestens 34 Prozent liegen. 53 Prozent der Menschen unter 35 Jahren sind offiziell arbeitslos, vermutlich sind es in Wirklichkeit mehr als 60 Prozent. EU-Kommission, EZB und IWF, unter maßgeblicher Beteiligung der BRD, haben den Lohnabhängigen in Griechenland fast die Hälfte ihres Einkommens gestohlen.

Weil bereits mehrere zehntausend Betriebe Pleite gegangen sind, sank die Wirtschaftsleistung in Griechenland seit 2007 um mehr als 20 Prozent. 2012 schrumpft die griechische Wirtschaft mit voraussichtlich 6 Prozent stärker als von den Agenten des Kapitals erwartet. Die Rezession wird sich in den Jahren 2013 und 2014 fortsetzen. Das Haushaltsdefizit Griechenlands wird aufgrund der Weltwirtschaftskrise, des sozialen Terrors und des mit ihm verbundenen Ruins der griechischen Wirtschaft 2013 noch größer sein als 2012, und das obwohl Griechenland seine Staatsausgaben so stark reduziert hat wie noch kein Land in Europa zuvor.

Das internationale und insbesondere das deutsche Kapital stört das alles nicht. Seine VerbandsvertreterInnen vom BDI sehen im Prozess der Verelendung Griechenlands die Chance, am Rand EU-Europas Sonderwirtschaftszonen einzurichten, wie es sie in China gibt. Dort könnte das weltmarktorientierte europäische Kapital dann noch günstiger produzieren lassen und seine Konkurrenzfähigkeit stärken. Weitere staatliche Subventionen schmieren die Geschäfte und dass Kapital muss keine Steuern zahlen. Die Commerzbank spricht menschenverachtend von einer »Anpassungsrezession« im Süden Europas.

2010 übernahm der chinesische Konzern Cosco in Piräus den größten Hafen Griechenlands für 35 Jahre und will ihn zum größten Hafen des östlichen Mittelmeers ausbauen. Der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport bekundete starkes Interesse am Flughafen von Athen und hofft, dass Griechenland auch ihn privatisiert. Noch gehört er zu 55 Prozent dem griechischen Staat. Aber der deutschen Konzern HOCHTIEF baute den Flughafen im Rahmen einer sogenannten Public Private Partnership (PPP). Ein von HOCHTIEF geführtes und von der Fraport beratenes Konsortium hält 45 Prozent der Anteile des Flughafens von Athen.

Mit der deutschen Regierung sind ausgerechnet diejenigen dagegen, Griechenland und anderen besonders von der Weltwirtschaftskrise betroffenen Ländern Schulden zu erlassen, die nach dem 2. Weltkrieg selbst am meisten von einer Schuldenstreichung profitierten. Denn der wirtschaftliche Erfolg der BRD, das sogenannte Wirtschaftswunder, ist auch darauf zurückzuführen, dass der BRD im Londoner Schuldenabkommen von 1953 ein Großteil der vor dem 2. Weltkrieg aufgelaufenen Staatsschulden erlassen wurde. Eine weitere Besonderheit im deutschen Umgang mit Griechenland ist, dass sich alle bisherigen deutschen Regierungen weigerten, eine Zwangsanleihe in Höhe von 476 Millionen Reichsmark zurückzuzahlen, welche die NS-Faschisten Griechenland während der deutschen Besatzung abgepresst hatten. Heute hätte diese Zwangsanleihe mit Zinsen einen Wert von mindestens 3,4 Milliarden Euro.

In Spanien, in dem das Wirtschaftswachstum mindestens seit 2000 auf der von der damaligen konservativen Regierung geförderten Immobilienblase aufbaute, verlieren heute reihenweise die Menschen ihr Wohneigentum. Täglich gibt es etwa 530 Zwangsräumungen. 400 000 EigentümerInnen haben in den letzten fünf Jahren ihre Wohnungen verloren. Wer die Wohnung verliert wird zusätzlich auch deshalb finanziell ruiniert, weil die Kredite weiter bedient werden müssen und die Immobilien in Folge der Weltwirtschaftskrise ungefähr die Hälfte ihres Werts verloren.

Auch in Portugal steigt die Arbeitslosigkeit, im November lag sie offiziell bei 16 Prozent und hat damit Rekordniveau erreicht. Die Wirtschaft wird in Portugal 2012 voraussichtlich insgesamt um 3 Prozent schrumpfen. Der sogenannte Sanierungsplan der Troika wurde von den Elendsproduzenten nach einem unerwarteten Einbruch der portugiesischen Steuereinnahmen bis 2014 verlängert. Nun will die Regierung den Einkommenssteuersatz durchschnittlich um ein Drittel anheben, was einem Einkommensverlust von bis zu drei Monatslöhnen gleichkommt. Hinzu kommen Erhöhungen bei den indirekten Steuern, die die Armen besonders belasten. Die Renten sollen um bis zu zehn Prozent und das Arbeitslosen- und Krankengeld um jeweils fünf Prozent gekürzt werden.

In Italien schafft die Monti-Regierung, was dort ihren Vorgängerregierungen einschließlich der des faschistischen Silvio Berlusconi bislang nicht gelang, weil es eine gewisse Klassenkampfereitschaft der Lohnabhängigen gab: Das Renteneintrittsalter wird heraufgesetzt, der Arbeitsmarkt dereguliert, Kündigungsschutzrechte zerstört. Im Wettbewerb mit dem deutschen Kapital hatte das italienische Kapital zuvor an Boden verloren, weil sich die italienischen Lohnabhängigen derart drastische Sparmaßnahmen wie sie in der BRD seit 1998 durchgezogen wurden, bis dahin nicht gefallen lassen hatten. Insbesondere in Balkanländern verdrängten deutsche Konzerne und Banken die italienische Konkurrenz.

Aber auch in Italien drückten die harten Sparmaßnahmen, mit denen die Kreditwürdigkeit Italiens wenigstens einigermaßen erhalten bleiben soll, die Konjunktur 2012 ins Minus.

In Ländern wie Ungarn, Slowenien, Estland, Spanien, Italien und Portugal erzwangen europäische und internationale Institutionen wie die EU-Kommission und der IWF Verschlechterungen bei den Arbeitsrechten der Lohnabhängigen. Auch die Rechte der Gewerkschaften wurden eingeschränkt. Befristete Lohnarbeitsverhältnisse nehmen in EU-Europa zu. Die Regierungen setzen im Interesse des Kapitals Verlängerungen der Arbeitszeit und Rentenkürzungen durch. Im Februar 2012 wurde in Spanien in einem der Weltwirtschaftskrisenprogramme das Verbot von Überstunden in Leiharbeitsverhältnissen abgeschafft. In Slowenien erhöhte die Regierung die zulässige Dauer befristeter Arbeitsverhältnisse von zwei auf drei Jahre. Junge Menschen können in Polen unbegrenzt in immer neuen befristeten Arbeitsverhältnissen ausgebeutet werden. Über all dem steht das besonders von der deutschen Regierung durchgepeitschte EU-europaweite Spardiktat, das die soziale Absicherung aus den Staatshaushalten tilgen soll.

Im Süden und teilweise noch stärker im Osten EU-Europas ist das Masseneleid ein Dauerzustand. Während besonders die südliche Peripherie EU-Europas in Aufruhr ist, ist es in seinen Zentren bisher relativ ruhig geblieben. Geprägt durch eine jahrzehntelange Zurückhaltung im Klassenkampf hoffen hier die meisten Menschen noch, dass sie zu den relativen GewinnerInnen des sozialen Gefälles innerhalb EU-Europas gehören.

In Frankreich setzten die Menschen Hoffnungen auf die Wahl des sozialistischen Staatspräsidenten Francois Hollande, der einiges versprach, z.B. den Erhalt der 35-Stunden-Woche, deren Abschaffung sein Vorgänger Sarkozy im Januar 2012 angekündigt hatte. Das Versprechen, die Benzinpreise zu senken löste Hollande Ende August 2012 ein, allerdings vorerst nur für 3 Monate. Um 3 Cent pro Liter senkte die Regierung die Mineralölsteuer. Bis um weitere 3 Cent pro Liter reduzieren die Mineralölkonzerne den Preis auf Basis einer freiwilligen Vereinbarung mit der Regierung. Hollande setzt die versprochene Rückkehr zur Rente mit 60 statt mit 62 für die Menschen um, die mehr als 41,5 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, wobei man wissen muss, dass 40 Jahre Arbeit nicht mehr, wie es vor der Regierung Sarkozy einmal war, für die volle Rente reichen. Die von Sarkozy eingeführte Mehrwertsteuererhöhung von 19,6 auf 21,2 Prozent zur Finanzierung der Sozialversicherung wurde von der neuen Parlamentsmehrheit aus Hollandes Sozialistischer Partei und den Grünen im Juli 2012 gekippt, bevor sie im Oktober 2012 in Kraft trat.

Weil Hollande bis vor kurzem eine rabiate Einsparpolitik a la Merkel vermieden hat, ist es in Frankreich bisher relativ ruhig geblieben. Allerdings demonstrierten am 30. September 2012 zehntausende AnhängerInnen von Linksparteien, Gewerkschaften und etwa 60 weiteren Organisationen gegen von der Regierung geplante Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen und gegen die geplante Ratifizierung des europäischen Fiskalpakts durch das französische Parlament.

Inzwischen erweist Hollande sich tendenziell als ein Vertreter der Austeritätspolitik im Gefolge der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der französische Ministerpräsident Jean-Marc Ayrault hat im November 2012 Steuererleichterungen für das Kapital in Höhe von 20 Milliarden angekündigt. Dafür soll nun doch die Mehrwertsteuer erhöht werden. Die 35-Stunden Woche relativierte die Regierung indem sie die Befreiung von Abgaben auf Überstunden nicht mehr schon bei über 35 Stunden in der Woche greifen lässt, sondern erst, wenn mehr als 39 Stunden gearbeitet wird.

Das alles wird voraussichtlich größere Proteste in Frankreich als bisher auslösen, auch angesichts der Tatsache, dass in Frankreich die Armut zugenommen hat. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Menschen in Frankreich aufgrund des traditionell höheren Grads der physischen Auseinandersetzung oft den Eindruck erwecken, kämpferischer als die Menschen in der BRD zu sein. Der größeren Militanz auf der Straße entspricht aber nicht unbedingt ein emanzipatorischeres Bewusstsein.

In der Weltwirtschaftskrise marschiert der Protest nicht automatisch nach links. Der Vergleich zwischen dem Süden und dem Osten EU-Europas zeigt, dass nur unter bestimmten Voraussetzungen Protest und Widerstand massenwirksam werden, die einen emanzipatorischen Charakter besitzen wie vor allem in Griechenland.

In Ungarn vollzog die prokapitalistische Sozialistische Partei MSZP eine Politik des sozialen Terrors, um die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den Griff zu kriegen. Diese Politik war die Voraussetzung für die Kredite der EU und des IWF, um einen Staatsbankrott zu verhindern. Dies war die materielle Grundlage für die Rechtswanderung vieler WählerInnen.

Nach dem Zerfall des RGW-Blocks mit seinen bürokratischen Kommandowirtschaften konnte sich in den betreffenden Staaten keine emanzipatorische Bewegung entwickeln. Das was »Sozialismus« bzw. »Kommunismus« von den dort bis dahin herrschenden Parteien genannt worden war, wurde als diktatorische, freiheitsraubende Zumutung empfunden. Natürlich spielte auch die kapitalistische Warenvielfalt und das Versprechen auf die Freiheit des Konsumierens eine Rolle. Viele lieferten sich nur zu willig dem uneinlösbaren Freiheitsversprechen des Kapitalismus aus. Sie wurden damit aber auch Teil des weltweiten Ausbeutungssystems.

Wenn es keinen starken außerparlamentarischen, antikapitalistischen und militanten Widerstand gibt, eröffnet sich die Möglichkeit, dass FaschistInnen die Menschen mit hetzerischen, spalterischen und ausgrenzerischen Propaganda davon überzeugen, sie könnten von einer nationalistischen und rassistischen Politik individuell profitieren. Denn die wachsende Armut erzeugt Angst bei denen, die noch etwas haben und befördert, dass sich das Bewusstsein der Menschen nach rechts entwickelt, sofern es keine kraftvolle Bewegung auf der Straße gibt, die emanzipatorische Perspektiven bietet.

Fast 53 Prozent der WählerInnen stimmten im Mai 2010 für die rechtsextreme FIDESZ (Ungarischer Bürgerbund), die Mitglied in der konservativen EVP (Europäische Volkspartei) des Europaparlaments ist. Sie erreichte aufgrund ihrer vielen mit dem ungarischen Mehrheitswahlrechts zusammenhängenden Direktmandate über zwei Drittel der Mandate im Parlament (68,13 Prozent). Zudem erhielt die faschistische Partei Jobbik über 16 Prozent der Stimmen. So sind seit den Wahlen vom Mai 2010 über vier Fünftel der Sitze im ungarischen Parlament rechtsextrem besetzt.

Sind die FaschistInnen erst einmal an der Regierung, folgt zwangsläufig die Enttäuschung über ihre Politik. Selbstverständlich setzen sie keine Verbesserungen für die Masse der Lohnabhängigen gegen das Kapital durch, im Gegenteil. Diese Enttäuschung stellt sich aber erst mit einer gewissen Zeitverzögerung ein, was den FaschistInnen ermöglicht, Tatsachen zu schaffen, die nur durch harte Kämpfe später wieder rückgängig gemacht werden können. So hat die Regierung mit ihrer verfassungsändernden Parlamentsmehrheit das Wahlrecht zu ihren Gunsten geändert und versucht damit, den schwindenden Rückhalt in der Bevölkerung auszugleichen.

Viele Menschen in Ungarn gehen gar nicht mehr zur Wahl und nach dem neuen Wahlrecht ist es möglich, die Zweidrittelmehrheit sogar mit nur 36 Prozent der WählerInnenstimmen zu erreichen. Hinzu kommt, dass das neue Wahlrecht vorschreibt, dass sich diejenigen, die wählen wollen, registrieren lassen müssen, obwohl es in Ungarn Ausweise gibt, über die alle Wahlberechtigten bei den Behörden erfasst sind. So wird es vor allem Ärmeren bzw. denen, die aufgegeben haben und die Bürokratie hassen, schwer gemacht, zur Wahl zu gehen und damit wenigstens per Stimmabgabe ihrer Enttäuschung Ausdruck zu verleihen.

Nach repräsentativen WählerInnenbefragungen wird die Regierungspartei FIDESZ bei den nächsten Wahlen starke Verluste hinnehmen müssen. Die FaschistInnen von Jobbik können allerdings sogar mit etwas mehr Stimmen rechnen.

21 Prozent aller Befragten unterstützten im Juli 2012 FIDESZ, 15 Prozent die MSZP, 10 Prozent die Jobbik-FaschistInnen, 6 Prozent die liberal-grüne LMP und 2 Prozent die DK (Demokratikus Koalíció). Von den knapp 40 Prozent der Befragten, die auf jeden Fall wählen wollen, entschieden sich 39 Prozent für die FIDESZ, für die oppositionelle MSZP 27 Prozent und 21 Prozent für die Jobbik-FaschistInnen. Die LMP erhielt 9 Prozent und die DK 4 Prozent der zum Wählen schon entschlossenen Befragten. 80 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass Ungarn sich in eine falsche Richtung entwickelt.

Die linke Opposition jenseits der MSZP konnte noch nicht von der Verzweiflung der Menschen profitieren. Sowohl Organisationen wie die angepasste liberal-grüne LMP und die DK als auch neue Gruppen wie die »links-patriotische« 4K! (Vierte Republik) und die Szolidarita, die unter anderem viele GewerkschafterInnen mobilisieren kann, sind untereinander zerstritten und finden nicht zu einer gemeinsamen Strategie.

Allerdings regt sich Widerstand auf der Straße. Gegen die Regierung und ihre unsoziale und autoritäre Politik demonstrierten im Oktober 2011 Zehntausende. Zudem zeigen sich Widersprüche innerhalb des Herrschaftsapparates. Das ungarische Verfassungsgericht kippte ein Gesetz der rechtsextremen Regierung, das die strafrechtliche Verfolgung Obdachloser vorsah. In seinem Urteil stellte das Gericht fest, dass Obdachlosigkeit und die damit verbundene Präsenz der obdachlosen Menschen im öffentlichen Raum nicht strafbar sei. Inzwischen haben Ungarns FaschistInnen die Unabhängigkeit und die Kompetenzen des Verfassungsgerichts gekappt.

Neben den Obdachlosen sind besonders die Roma und Sinti im Visier der ungarischen FaschistInnen. Hetze gegen Roma und Sinti gibt es aber auch in Italien, Griechenland, Rumänien und Kosovo – und in Deutschland, was die Sammelabschiebungen belegen. Das vermeintlich unangepasste Leben ruft Empörung hervor. Der Wunsch nach ordentlichen, vom Staat geordneten Verhältnissen und die den Menschen vom Kapital eingepflanzte Überzeugung, dass nur wer für's Kapital arbeitet auch essen darf, spielen hier eine Rolle.

Der britische Staat geht gegen die Fahrenden, die Irish-Traveller repressiv vor. Sie leben wie Sinti und Roma in Wohnwagen und sind mit ihren Camps von der benachbarten Bevölkerung in der Regel nicht gern gesehen, sie werden meist beschimpft und diskriminiert. In London ließ die Stadtregierung im Oktober 2011 ein Wagen-Camp, in dem etwa 200 Menschen lebten, gewaltsam von der Polizei räumen.

Dies sind Maßnahmen gegen alle, die sich der vorherrschenden kapitalistischen Organisation der Gesellschaft verweigern, Maßnahmen gegen die Selbstorganisation der Menschen.

Die (vor)revolutionären Verhältnisse in Griechenland stärken auch Rechtsextreme. Sie bekamen 8,5 Prozent der Stimmen bei der Parlamentswahl am 17. Juni 2012. Die neonazistische Goldene Morgenröte Chrysi Avgi wurde mit 6,9 Prozent der Stimmen ins Parlament gewählt. Die Orthodoxe Volkszusammenkunft LAOS hat es mit 1,6 Prozent der Stimmen nicht ins Parlament geschafft. Zusätzlich schaffte es die rechtspopulistische ANEL (Unabhängige Griechen), eine rechte Abspaltung der Nea Dimokratia, mit 7,5 Prozent ins Parlament.

Besonders gefährlich ist die Chrysi Avgi allerdings auf der Straße, wo sie MigrantInnen brutal verfolgt und versucht in Athen, nach dem Vorbild deutscher Neonazis, sogenannte national befreite Zonen zu schaffen. Die griechische Antifa, zu deren Demonstrationen im allgemeinen etwa 1000 TeilnehmerInnen kommen, hat bisher keine Chance, dem faschistischen Treiben Grenzen oder gar ein Ende zu setzen. Bei antifaschistischen Aktionen schützt die Polizei in der Regel die FaschistInnen und geht brutal gegen die Antifas vor.

Rückhalt verschafft sich die Chrysi Avgi neben ihrer rassistischen Hetze und Gewalt gegen MigrantInnen auch als Ordnungsmacht, wenn ihre Schläger in Athen zum Beispiel die Verkaufsstände von migrantischen KleinhändlerInnen zerstören, die ihnen keine »Lizenz« vorzeigen können. Die FaschistInnen machen sich das Elend der Menschen zunutze, indem sie zum Beispiel auf Plätzen Essen an verarmte – aber möglichst nur echt griechische – Menschen verteilen.

Bei den Wahlen 2012 in dem von der Weltwirtschaftskrise gebeutelten Griechenland konnte besonders das links von der sozialdemokratischen PASOK positionierte Wahlbündnis SYRIZA einen großen Erfolg einfahren.

Außerparlamentarisch konnte die radikale Linke in Griechenland mit ihrer anhaltenden Präsenz bei den Versammlungen und Veranstaltungen der Empörten (Indignados) verhindern, dass auch dort Rechtsextreme Einfluss gewinnen. Die AnhängerInnen der durch die Weltwirtschaftskrise geschwächten bzw. zerbrechenden bürgerlichen und ehemals sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien hatten bei den Wahlen 2012 eine linke Alternative. So gab es in Griechenland keinen Durchmarsch der FaschistInnen wie in Ungarn.

Die organisierte bzw. die radikale Linke in Griechenland kann auf Kampferfahrungen zurückgreifen, die bis in die Zeit der Militärdiktatur reicht, welche von 1967 bis 1974 in Griechenland herrschte. Auch wenn antikommunistische, nationalistische, rassistische und sexistische Auffassungen in Teilen der griechischen Bevölkerung ihren Ursprung auch in dieser Zeit haben, ist insgesamt der emanzipatorische Charakter und der hohe Organisationsgrad, mit dem die Kämpfe gegen rechts verbunden sind, in der Bevölkerung stark verankert. Auch das sogenannte Uni-Asyl, der Ausschluss der Repressionsorgane vom Gelände griechischer Universitäten nach dem Ende der Militärdiktatur, war ein Baustein der Stärke der radikalen Linken. Das griechische Parlament schaffte das Uni-Asyl im August 2011 mit einer Mehrheit aus PASOK und Nea Dimokratia ab.

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) ist seit dem Ende der Diktatur 1974 im griechischen Parlament vertreten. Sie hat sich früh von der Politik der sich auflösenden Sowjetunion abgesetzt. Auch das ist ein Unterschied zu den ehemaligen sogenannten realsozialistischen RGW-Staaten. Die KKE hat eine strikte Anti-EU-Position. Sie kritisiert sowohl das linke Bündnis SYRIZA wie das antikapitalistische Bündnis ANTARSYA als

kleinbürgerlich, opportunistisch und sieht in ihnen SystemverwalterInnen. Von der Bewegung der Empörten auf dem Athener Syntagma-Platz, die sie als unpolitisch abqualifiziert, hält sie sich fern. Mit ihrer 1999 gegründeten parteieigenen Gewerkschaft PAME beteiligt sie sich zwar an den von der Dachgewerkschaft der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten (ADEDY) und der Dachgewerkschaft der direkt beim Kapital Beschäftigten (GSEE) ausgerufenen Generalstreiks, deren Vorsitzende Mitglied der PASOK sind, sie vermeidet aber gemeinsame Aktionen und Demonstrationen.

Noch vor der Weltwirtschaftskrise, als es nach der Einführung des Euro in Griechenland vermeintlich boomte und die Wirtschaft wuchs, hatte sich 2004 das Wahlbündnis SYRIZA gegründet, die »Koalition der Radikalen Linken«. In der Frage der Mitgliedschaft Griechenlands in der Eurozone bzw. der EU sind sich die Mitgliedsorganisationen nicht einig, die Mehrheit plädiert allerdings für einen Verbleib in den EU-europäischen Institutionen, da sie glauben, dass ein Ausstieg Griechenland dem Imperialismus noch ungehemmter ausliefern würde.

Verschiedene linksradikale Organisationen und Einzelpersonen gründeten im Dezember 2008 das Bündnis ANTARSYA, die »Koalition der antikapitalistischen Linken für den Umsturz«. Vorausgegangen war die Erschießung des Schülers Alexis Grigoropoulos durch die Polizei bei Protesten im Rahmen der griechischen Jugendrevolte. ANTARSYA tritt auch bei Wahlen an und erhielt bei der Wahl im Mai 2012 mit 1,2 Prozent der Stimmen ihr bisher bestes Wahlergebnis. Sie ist in staatlichen Betrieben und an den Universitäten verankert.

ANTARSYA lehnt aufgrund ihrer revolutionären Orientierung sowohl die EU als auch den Euro ab und ist für einen Austritt Griechenlands. Sie lehnt gleichfalls das mit Hilfe der EU-Institutionen ausgeübte imperialistische Diktat der kapitalistischen Zentren kompromisslos ab. ANTARSYA sieht den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der außerparlamentarischen Opposition und konzentriert sich auf die Beteiligung an den Kämpfen der StudentInnen und der ArbeiterInnen.

Sowohl SYRIZA als auch ANTARSYA nehmen Einfluss auf die Bewegung der Empörten, sie unterstützen die Generalstreiks und ihre Mitglieder nehmen aktiv daran teil. Beide Bündnisse unterstützen die griechischen Basisgewerkschaften. Mit der Avtonomi Paremvasi (Autonome Intervention) gibt es eine der Linksallianz SYRIZA nahestehende Gewerkschaftsorganisation.

Eine wesentliche Rolle bei den militanten Kämpfen auf den Plätzen, den Straßen und in den Stadtvierteln spielen anarchistische Gruppen. Einer der am besten organisierten Teile der antiautoritären Bewegung in Griechenland ist die Gruppe Alpha-Kappa (AK). Im September 2012 veranstaltete Alpha-Kappa das »Dritte Festival der direkten Demokratie«, ein jährliches Diskussions- und Strategietreffen, das sie seit 2010 organisiert. Die Gruppe bezieht sich positiv auf soziale Bewegungen wie die der Empörten, beteiligt sich aber etwa auch an militanten Auseinandersetzungen um eine umweltzerstörerische Goldmine auf der griechischen Halbinsel Chalkidiki. Nicht nur für Alpha Kappa sind Themen wie Selbstorganisation mit genossenschaftlichen Ansätzen wichtig. So wird zum Beispiel für eine genossenschaftliche Organisation der Wasserversorgung gekämpft, um eine Privatisierung zu Gunsten eines Konzerns zu verhindern. Oder es geht um Notwehrmaßnahmen zum Aufbau einer Krankenversorgung außerhalb des bisherigen staatlichen Gesundheitssystems, das die griechische Regierung im Auftrag der EU zugrunde gerichtet hat. Durch die direkte Kooperation mit BäuerInnen umgehen sie bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Armen den kapitalistischen Handel. Die Gefahr, mit diesen Ansätzen in einer reformistischen Sackgasse zu landen, sieht Alpha-Kappa durchaus. Auch deswegen unterstützt die Gruppe

bestimmte, emanzipatorische Arbeitskämpfe wie beim Bergbaubetrieb VioMet in der Nähe von Thessaloniki. Die ArbeiterInnen dort erwägen, den Betrieb dauerhaft zu besetzen und zu übernehmen.

Ausdruck der Stärke des emanzipatorischen Kerns der griechischen Proteste in der Weltwirtschaftskrise ist neben den über 17 Generalstreiks und zwei Versuchen, das Parlament zu stürmen, auch der Wahlerfolg SYRIZAS bei den Parlamentswahlen im Juni 2012. Dass mit den 26,9 Prozent für SYRIZA, 4,5 Prozent für die KKE und 0,9 Prozent für ANTARSYA über 30 Prozent der WählerInnen linksradikalen und kommunistischen Parteien ihre Stimme gaben ist ein Erfolg, der auf langjähriger organisierter linksradikaler Arbeit beruht.

Obwohl auch in Griechenland MigrantInnen als Sündenböcke für die katastrophale wirtschaftliche Lage herhalten müssen, geschieht dies jedoch in einem anderen Umfang und Ausmaß als in Ungarn. SYRIZA konnte große Teile des radikalisierten KleinbürgerInnenentums erreichen. Die rassistische Hetze kann nicht so wirksam werden, dass sie wie in Ungarn mehrheitsfähig wird.

Auf griechischen Straßen ist der Widerstand oft militant und manchmal revolutionär. Die Situation ist zugespitzt. Eine wirksame Befriedung der Massen ist im Moment nicht vorstellbar. Auch deshalb mildert die Troika die Rückzahlungsbedingungen für die gewährte Kredithilfe ab. So soll Griechenland mittel- bis langfristig auf sehr niedrigem Niveau stabilisiert werden.

Was für Griechenland gilt, gilt auch für die anderen Länder Südeuropas: Italien, Spanien und Portugal. Viele Menschen im Süden Europas haben die authentische, eigene Erfahrung eines jahrzehntelangen Kampfes gegen Diktatur und Kapitalismus. Ein Ausdruck davon war die Entwicklung der Kommunistischen Parteien in Richtung Eurokommunismus.

In Griechenland, Spanien und Portugal schuf der Kampf gegen die bis in die Mitte der 1970er Jahre herrschenden faschistischen Diktaturen die praktische, theoretische und organisatorische Grundlage für emanzipatorische Interventionen.

Den Menschen in Portugal gelang es 1974 mit einer sozialen Revolution der Diktatur ein Ende zu bereiten. Auch wenn diese Revolution im Verlauf der gesellschaftlichen Auseinandersetzung auch mit Hilfe der deutschen SPD und der NATO zerstört wurde, blieben emanzipatorische Ziele und Kampferfahrungen in der portugiesischen Bevölkerung erhalten.

Zwar gibt es auch in Ungarn eine eigene revolutionäre Erfahrung, die Räterepublik von 1919, aber die liegt zu lange zurück und ihre emanzipatorischen Errungenschaften wurden außerdem in der Zeit der bürokratischen Kommandowirtschaft verschüttet.

In Italien zerlegte sich die eurokommunistisch gewordene Kommunistische Partei (PCI) im Lauf der Jahre selbst. Unter anderem die Regierungskoalitionen mit den ChristdemokratInnen in den 1970er Jahren ließen die Partei zu einer sozialdemokratischen Variante verkommen, die sich zwar kommunistisch nannte, aber Teil der Verwaltung des kapitalistischen Systems war. Mit dem Ende des RGW-Blocks fiel die PCI nach ihrer sozialdemokratischen Umgründung zur italienischen PDS in den folgenden Jahren auseinander. Eine Strömung gründete 1991 die Rifondazione Comunista (RC), eine Partei mit dem Anspruch einer antikapitalistischen Perspektive. Sie konnte den mit ihrem Namen

verbundenen Anspruch nie einlösen. Der größere Teil der PDS fusionierte später mit einem ehemaligen Teil der Christdemokratischen Partei zur Demokratischen Partei (PD) und verlor damit jegliche emanzipatorische Bedeutung. Der früher der PCI nahestehende und immer noch größte Gewerkschaftsbund Italiens CGIL befindet sich heute im sozialdemokratischen Sumpf dieser prokapitalistischen Demokratischen Partei.

Außerparlamentarisch hatte in Italien vor allem in der Zeit vom Ende der 1960er Jahre bis zum Ende der 1970er Jahre die Bewegung des Operaismus großen Einfluss. Die ersten operaistischen Gruppen hatten sich Anfang der 1960er Jahre gebildet. Ihren Kern bildeten zunächst wenige Mitglieder der kommunistischen Partei PCI und der sozialistischen Partei PSI, die mit der angepassten bzw. autoritären Politik ihrer Parteien unzufrieden waren. Bedeutend war die Gruppe um die Zeitschrift Quaderni Rossi (Rote Hefte) und um die aus ihr hervorgegangene Zeitschrift Classe Operaia (Arbeiterklasse).

Einen ersten von den OperaistInnen mitinitiierten Streik gab es 1962 bei Fiat. Eine Demonstration mit ca. 600 TeilnehmerInnen verwandelte sich in eine tagelange Straßenschlacht mit der Polizei, an der sich auch Teile der Bevölkerung, insbesondere Jugendliche beteiligten. Die Zuwanderung von ungelernten ArbeiterInnen aus dem noch halbfeudalen Süden Italiens veränderte die Zusammensetzung in den Fabriken Norditaliens in den 1960er Jahren und schuf eine Basis für die Aktionen der OperaistInnen jenseits der traditionellen Gewerkschaften. Im Zusammenwirken mit der außerparlamentarischen Bewegung der StudentInnen wurden die OperaistInnen Ende der 1960er Jahre zu einer relevanten gesellschaftlichen Kraft des antikapitalistischen Kampfes. Im italienischen »Heißen Herbst« von 1969 und in den 1970er Jahren waren sie an zahlreichen wilden, auch militanten Streiks beteiligt. Wichtigste Gruppen waren ab 1967 die aus einer Spaltung der Classe Operaia hervorgegangene Potere Operaio bzw. PotOp (Arbeitermacht), die sich 1973 wieder auflöste, die 1969 gegründete Lotta Continua mit studentischer Beteiligung, die bis 1976 existierte und schließlich die Autonomia Operaia von 1973 bis 1979. Die Stärke der OperaistInnen beruhte darauf, dass sie sowohl in den Betrieben den Klassenkampf organisierten als es auch verstanden, diesen mit den Kämpfen sozialer Bewegungen im Reproduktionsbereich zu verbinden. Sie weiteten ihr Kampfgebiet von den Fabriken aus in die Stadteile, gegen die Inflation, die Mieten, Strom- und Gasrechnungen. Die italienische Regierung reagierte 1979 und 1980, auf dem Höhepunkt der klassenkämpferischen Auseinandersetzungen, mit einer massiven, zerstörerischen Repressions- und Verhaftungswelle gegen die operaistischen AktivistInnen und andere Linksradikale. Grundlage war unter anderem die behauptete Zusammenarbeit zwischen OperaistInnen und den bewaffnet kämpfenden Roten Brigaden. Anfang der 80er Jahre saßen in Italien ca. 4000 politische Gefangene im Knast, viele flohen und gingen ins Exil, gegen ca. 20 000 AktivistInnen liefen Ermittlungsverfahren. Hinzu kam die Niederlage der FiatarbeiterInnen, deren Streikbereitschaft 1980 auch durch die Entsolidarisierung 10 000er besser gestellter Angestellter gebrochen wurde. Die Folge war ein massiver Bedeutungsverlust des operaistischen Ansatzes in Italien.

In dieses gesellschaftliche Vakuum nach der Zerstörung einer breiten emanzipatorischen Bewegung drängten RechtspopulistInnen. Sie griffen alte auch inneritalienische Ressentiments auf, wie den Konflikt zwischen industrialisiertem Norden und peripherem agrarischen Süden. Sie verfolgen eine Strategie zur Entsolidarisierung im Interesse des Kapitals, und sorgen für eine Kanalisierung des Unmuts nach rechts.

Die Unzufriedenheit der Menschen mit der ökonomischen Entwicklung des Landes wurde nicht im Klassenkampf gebündelt. Die Entsolidarisierung zeigte sich in der Abgrenzung des

industrialisierten reichen Nordens Italiens von den in eher ländlich geprägten armen Regionen. Die Menschen im Süden waren angeblich arm, weil sie faul waren. Diese Spielart des Rassismus war die Grundlage für die Kampagne der Abspaltung des reichen Norditalien vom armen Süden durch die rechtsextreme Lega Nord, durch Silvio Berlusconis faschistische Forza Italia und die FaschistInnen der MSI, die sich dann Alleanza Nazionale nannte. Die faschistische MSI bzw. Alleanza Nazionale und die faschistische Forza Italia haben sich zur PdL (Volk der Freiheit) zusammengeschlossen.

Die parlamentarische Linke Italiens zerbröselte weiter, nachdem 2006 einige ihrer wichtigsten Leute in das Kabinett des Mitte-Links-Politikers Romano Prodi eingetreten waren und damit den Kapitalismus mitverwalteten unter dem Vorwand, eine weitere Regierung Berlusconis verhindern zu wollen.

Ohne eine organisierte emanzipatorische Kraft kommen die kapitalismuskritischen Kräfte über die Forderung eines reinen Regierungswechsels nicht hinaus. Den vorwiegend reformistischen Protesten gegen die italienischen Regierungen – egal ob zuvor gegen Berlusconi oder jetzt gegen Monti wie am No-Monti-Day in Rom am 29. Oktober 2012 mit 150 000 TeilnehmerInnen –, fehlt eine antikapitalistische Perspektive.

Die kleinere Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei, die Rifondazione Comunista, die immerhin gegen den Fiskalpakt ist, vertritt heute eine reformistische Politik. Bezeichnend ist ein Zitat ihres Generalsekretärs Paolo Ferrero, der im Zusammenhang mit der Forderung der RC nach einem europäischen Generalstreik sagte: »Man spricht von Krise, in Wahrheit geht es lediglich um einen schlecht verteilten Reichtum.« Damit bestreitet er die kapitalistische Weltwirtschaftskrise, die ihren Ursprung in der Überakkumulation des Kapitals und der aus ihr folgenden Überproduktion hat. Die RC verbreitet damit den sozialdemokratischen Irrtum, der Kapitalismus sei durch eine Umverteilung eines Teils der Profite von oben nach unten reformierbar. Antikapitalismus erübrigt sich damit. Eine andere zum Beispiel rätekommunistische Gesellschaft muss nicht mehr erkämpft werden. Alle werden glücklich im reformierten Kapitalismus.

In Spanien sind aus historischen Gründen der Anarchosyndikalismus und mit ihm verbundene emanzipative, antiautoritäre Positionen besonders stark. Dies geht zurück auf den spanischen Bürgerkrieg 1936 gegen die spanischen Faschisten, bei dem sich die sich kommunistisch nennenden Stalinisten emanzipatorischen Zielen entgegenstellten. Mit der CNT (Confederación Nacional del Trabajo), der CGT (Confederación General del Trabajo) und der SO (Solidaridad Obrera) gibt es gleich drei anarchosyndikalistische Gewerkschaften in Spanien. – Die CNT war übrigens bei M31 dabei.

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise entstand in Spanien die Bewegung der Empörten, die mit ihren Massenprotesten und Platzbesetzungen auch in der Zusammenschau mit dem arabischen Frühling europaweit für Aufsehen sorgte.

Nach den Parlamentswahlen im November 2011, bei denen die prokapitalistischen spanischen SozialistInnen der PSOE ab- und die konservative Partei an die Regierung gewählt wurde, lief die Bewegung eine zeitlang ins Leere. Staat und Kapital hatten eine Verschnaufpause und konnten ihren Klassenkampf von oben verstärken. Inzwischen hat die große Bewegung mit emanzipatorischen Anteilen wieder an Stärke gewonnen und es kommt zunehmend zu militanten Auseinandersetzungen bei Massendemonstrationen, zum Beispiel am 25. September 2012. Die Polizei nahm die geplante Umzingelung des

Parlamentsgebäudes zum Anlass, mit brutaler physischer Gewalt gegen die DemonstrantInnen vorzugehen.

Die sich entwickelnde Militanz im Rahmen der Demonstrationen der Empörten stellt eine neue Qualität dar. Am 14. November 2012 kam es im Rahmen des gemeinsamen Generalstreiks in Spanien und Portugal auch zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei in beiden Ländern.

Der Widerstand in Portugal zeichnet sich insbesondere durch die Fähigkeit aus, Generalstreiks zu organisieren. Portugals größter Gewerkschaftsbund, die CGTP-Intersindical ist kommunistisch beeinflusst und verfügt über eine starke Mobilisierungskraft. Neben der CGTP-Intersindical gibt es noch den Gewerkschaftsbund UGT, der den sich Sozialistische Partei (PS) nennenden SozialdemokratInnen nahesteht. Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft AIT-SP (Seccao Portuguesa) beteiligte sich an Aktionen im Rahmen des M31, kann aber was die Mobilisierungskraft angeht, nicht mit den beiden großen Gewerkschaften mithalten.

Wie in Spanien und Griechenland gibt es auch in Portugal eine Bewegung der Empörten. Am 15. September 2012 demonstrierten Hunderttausende in Lissabon und anderen Städten Portugals unter dem Motto »Fuck the Troika« unter anderem gegen die von der portugiesischen Regierung im Rahmen des Spardiktats geplante Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge der Lohnabhängigen von 11 auf 18 Prozent bei gleichzeitiger Senkung des Anteils der Kapitaleseite von 23,75 Prozent auf 18 Prozent. Diese Nivellierung zugunsten des Kapitals musste die Regierung aufgrund der Schärfe der Proteste im September 2012 fallenlassen. Im Bewusstsein dessen, dass die Lohnabhängigen diese auch später einmal kaum umkehrbare Verschiebung eines großen Teils der Abgaben auf ihren Rücken nicht hinnehmen würden gab die Regierung diesen Teil ihres Verelendungsplans auf.

Auch wenn der Widerstand stark und teilweise erfolgreich ist, gelang es der Regierung weitere Kürzungen bei Sozialausgaben und zum Beispiel die Erhöhungen der Einkommensteuer durchzusetzen, bei der die Lohnabhängigen bis zu einem Drittel ihres Einkommens verlieren, wenn diese nicht so endgültig erscheinen.

Der Vergleich zwischen dem Osten und dem Süden Europas belegt, dass eine Gesellschaft sich nicht automatisch nach links entwickelt, wenn sich die durch den Kapitalismus verursachte Verelendung besonders bemerkbar macht. Dazu braucht es linksradikale, antikapitalistische Theorie, Organisation und Praxis. Aber die können nicht plötzlich entstehen, wenn die kapitalistische Weltwirtschaftskrise als Massenelend manifest wird, sondern bedürfen konsequenter Vorbereitungshandlungen in den Zeiten der Ruhe vor dem Sturm.

Die Außerparlamentarische Opposition der 1960er Jahre entwickelte sich als weltweite Bewegung in stickigen deutschen Zeiten, die vom Krieg in Vietnam begleitet wurden. Die 1950er und 1960er Jahre waren geprägt von den Nachwirkungen des NS-Faschismus, des 2. Weltkrieges, von imperialistischen Kriegen, Rassismus, autoritärer Unterdrückung und vom sogenannten Kalten Krieg mit seinem Antikommunismus, der bis ins Private hineinwirkte. Das führte im Zusammenhang mit der Zuspitzung des Vietnamkriegs zur Revolte.

In der BRD war es die kleine Gruppe des SDS, die sich bereits in den frühen 1960er Jahren die theoretischen und organisatorischen Grundlagen dafür aneignete, mit denen sie im Fall einer Revolte, eines Aufruhrs den spontanen Kämpfen eine emanzipatorische Orientierung zu geben vermochte.

Hier im Zentrum EU-Europas passiert heute nahezu nichts, weil die materielle Situation immer noch so ist, dass die Verelendung durch Billigkonsum kompensiert werden kann. Bei KIK gibt es billige, giftige, unter verschärften Ausbeutungsbedingungen im Ausland produzierte, Kleidung. Auch die Ärmsten müssen sich und ihre Kinder kleiden und auf niedrigstem Niveau konsumieren können, damit keine Unruhe entsteht. Hunger müssen die meisten Menschen nicht fühlen, weil es die Discounter gibt mit Nahrungsmitteln, denen mensch nicht ansieht, dass ihnen wichtige Nährstoffe fehlen. Und für die Ärmsten gibt es die Almosen von der Tafel.

Das Integrationsprogramm mit Unterhaltung und Konsum funktioniert auch noch in der Weltwirtschaftskrise. Das vermehrte kritische Denken bei Teilen der Bevölkerung blieb bisher in Grenzen und führte nicht zum Handeln.

Die Teile der Mittelschicht, die materiell noch nicht so bedroht sind, engagieren sich in erster Linie für die Verbesserung ihrer persönlichen Lebensverhältnisse. Sie wollen ihre Lebensqualität erhöhen, indem sie sich zum Beispiel um ökologische Verträglichkeit der kapitalistischen Produktion bemühen, störenden Verkehrslärm bekämpfen oder eine bessere Schule für ihre Kinder fordern. Der bürgerliche bzw. verbürgerlichte Teil der Anti-Atombewegung ist ein Beispiel dafür. Anders als die Anti-AKW-Bewegung der 1970er, die eine antistaatlich und antikapitalistisch begründete Massenmilitanz erreichte, ist die heutige Anti-AKW-Bewegung zu großen Teilen reformistisch und kleinbürgerlich geprägt. Viele TeilnehmerInnen an den großen Demonstrationen der letzten Jahre fürchten vor allem, dass ihre eigene Gesundheit durch die radioaktive Verstrahlung ruiniert wird.

Wie es anderen, besonders den Ausgebeuteten oder an den Rand der Gesellschaft Gedrängten geht, kümmert die meisten Angehörigen der gehobenen Mittelschicht nicht. Die Lösung der sozialen Frage, die nur in der Abschaffung der zerstörerischen kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegen könnte, gehört nicht zu ihrem Protest. Sie verstehen nicht, dass das Ende des Kapitalismus auch die Voraussetzung für ein Ende der Naturzerstörung wäre.

Ökologisches Handeln kann nicht mehrheitsfähig werden, solange so viele Menschen mit dem täglichen Überleben beschäftigt sind. So lange Kapitalismus herrscht, steht über allem das Kapital, das aufgrund der Konkurrenz und des Zwangs zur Profitmaximierung so wenig auf die Zerstörung der Natur verzichten kann wie auf die Ausbeutung des Menschen.

Die soziale Spaltung führt zu einer extremen Entsolidarisierung und Brutalisierung der gehobenen Mittelschicht gegenüber den sozial Benachteiligten, denn es könnte ja den relativen Wohlstand der gehobenen Mittelschicht mindern, wenn der Staat wirklich etwas gegen die Armut unternähme. So wird das Elend der anderen ausgeblendet, bewusst in Kauf genommen oder gerechtfertigt, je nach dem Grad der Verrohung. Von denjenigen, die materiell zu sozialen Kämpfen in der Lage wären, ist also nichts zu erwarten.

Die anderen, die aufgrund ihres Elends »objektiv« zum Kämpfen bereit sein müssten, können es oft aufgrund ihrer materiellen Situation nicht: Sie sind so abgehängt, häufig psychisch am Ende, durch jahrelange staatliche Demütigung entmutigt, dass sie erst einmal nicht kämpfen können.

Wir befinden uns in einer Phase des Aufbaus eines international möglichst gut vernetzten Widerstands mit langem Atem. Unsere Kämpfe in unseren jeweiligen Ländern müssen sich stets auf das Geschehen in den anderen Ländern EU-Europas beziehen.

Im Inneren des kapitalistischen Zentrums EU-Europa, insbesondere in der BRD, bemühen sich antikapitalistische Organisationen und Gruppen darum, Anschluss an die politisch bewusstesten Kämpfe in den Staaten an der EU-Peripherie zu finden und an sie anzuknüpfen. Wir wollen die bestehenden Kontakte und die vor allem durch die M31-Aktionen neu entstandenen Verbindungen zu antiautoritären antikapitalistischen Gruppen und Organisationen ausbauen und stärken.

»Anknüpfen« bedeutet aber nicht, zur Desorientierung beizutragen. Hausbesetzungen oder eine genossenschaftliche organisierte Landwirtschaft können in Ländern, die wirtschaftlich am Boden sind, wie zurzeit in Griechenland berechtigt sein. Sie sind ein Versuch, in abstürzenden sozialen Verhältnissen zu überleben, eventuell sogar eine materielle Grundlage werden für das Kämpfen, aber sie können den Klassenkampf und die Auseinandersetzung mit Staat und Kapital auf der Straße nicht ersetzen. Sie dürfen nicht mit der Lösung des Problems, der Abschaffung des Kapitalismus, verwechselt werden.

Die radikale antiautoritäre antikapitalistische Linke muss die soziale Spaltung nach innen und außen zum Thema machen wo immer es geht und die antinationale Solidarität der Lohnabhängigen und Marginalisierten dagegen setzen. Eine antiautoritäre antikapitalistische Internationale kann und muss an ein Klassenbewusstsein ohne Grenzen ansetzen.

Für die BRD ergibt sich daraus, wenn unsere Kämpfe an die Kämpfe in anderen Ländern anschließen sollen, die nicht neue Erkenntnis, dass der Hauptfeind im kapitalistischen Zentrum EU-Europa das deutsche Kapital ist.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken  
am 15./16. Dezember 2012 in Köln**